

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bestellpreis monatlich (bei Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Dresden-U. / Postfach: 17 250 / Postfach: Dresden-U. 18 600. Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. / Dresden-U. / Postfach: 17 250 / Postfach: Dresden-U. 18 600. Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. / Dresden-U. / Postfach: 17 250 / Postfach: Dresden-U. 18 600.

Anzeigenpreis: Die normale gewöhnliche Anzeigenzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. / Postfach: 17 250. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Belegung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Belegpreises.

3. Jahrgang

Mittwoch, den 19. Oktober 1927

Nummer 245

Verschärfte Lage im Bergarbeiterkampf

Polizeiaktion der Heideverwaltung gegen die Bergarbeiter / Einsatz von Sipo und Teno in Hirschfelde / Pogromheize gegen Streikende / Die kommunistischen Bergarbeiteranträge im Reichstag abgelehnt / Kampfstimmung im Ruhrgebiet

Abwürgungsversuche

Donnerstag Schlichtungsverhandlungen

Berlin, 18. Oktober. (Telefon.)

Zur Fortsetzung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens im Kohlebergbau hat die Heideverwaltung am Donnerstag den 18. Oktober nach Berlin geladen. Der Deutsche Bergarbeiterverband hat die Einladungen abgelehnt, da sie die Einleitung des Schlichtungsverfahrens zur Fortsetzung der Schlichtungsverhandlungen Folge leisten werden.

Verbreiterung des Kampfes

Halle, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung)

Die Streikbewegung ist in ständiger Ausbreitung begriffen. Die Beteiligung beträgt jetzt ca. 90-100 Prozent. Die Unruhen machen bei der Werbung von Streikbrechern verwegene Anstrengungen. In der Grube Maria bei Bitterfeld verprügelt man den Streikbrecher täglich fünf Mal. In der Grube Gruben verprügelt man den Streikbrecher täglich fünf Mal. In der Grube Gruben verprügelt man den Streikbrecher täglich fünf Mal. In der Grube Gruben verprügelt man den Streikbrecher täglich fünf Mal.

Demgegenüber steht fest, daß zum Beispiel auf der Grube Maria ein aus Stahlhelmen zusammengesetztes Kommando mit Schusswaffen und Stahlruddeln ausgerüstet wurde und zwei Streikposten überfiel, auf die auch geschossen wurde. Nur durch Zufall konnten die Streikposten mit dem Leben davonkommen und sich in Sicherheit bringen.

Die Lage im Streikrevier

Halle, 18. Oktober.

Sonderbericht der Arbeiterstimme

Die Streiklage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat eine allgemeine Verschärfung erfahren. Ein Teil der am Montag früh noch eingefahrenen Bergarbeiter ist heute fast rektlos der Arbeit ferngeblieben. Der Versuch einiger Grubenbesitzer, durch kleine Lohnzugeständnisse in Sonderverhandlungen mit der Streikleitung über die Aufhebung des Streiks auf ihren Gruben zu verhandeln, wurde von der Streikleitung abgelehnt. Die sächsische Bürgerblockregierung verlangte von der Streikleitung, die ungehinderte Versorgung des Freistaates zu verbürgen. Das wurde gleichfalls abgelehnt. Die Ausdehnung des Streiks hat bereits dazu geführt, daß die Pulverfabrik, die sich mitten in der Verarbeitungsanlage befindet, morgen ihren Betrieb, der 1400 Mann Beschäftigte zählt, einstellen muß. Da in Gellertshaus sämtliche Maschinen des Leunawerkes mit nur einer Ausnahme streiken, was zum Stillstand der Stadt führt, wird auch das Leunawerk, das täglich 10.000 Tonnen Kohle (zum Eisenbahntransport) verarbeitet, bald in Schwierigkeiten kommen. In Halberstadt hat der Magistrat die Verladung der Stadt wegen der Knappheit an Kohlevorräten untersagt. Noch allem ist die Streikbewegung bisher von großem Erfolg, und die Streikenden sind von großer Kampfmotivität getragen.

Insbesondere die Tatsache, daß der Streik so einheitlich und geschlossen geführt wird, trägt zur guten Kampfstimmung bei. Auch in der Provinz und im Ostschlesien, wo ein großer Teil der Bergarbeiter den Streik beigeschlossen wurde, sind in zwei Gruben mit einigen 100 Mann Bergarbeitern die Streikenden sich mit ihren übrigen Arbeitssoldaten solidarisiert und haben sich an Seite mit ihnen in den Kampf eingetretten. Zudem auf einer Grube das Angebot an Streikbrecher erfolgte, das dort Truppschießübungen zu halten, haben sich nur ein paar wilde Elemente zur Arbeit eingefunden.

Die bürgerliche Presse, einschließlich der bürgerlich-demokratischen, hat ihre Heise gegen die Streikenden noch verstärkt, und fordert den Einsatz von Polizei und Militär gegen den angeblichen Terror gegen Arbeitswillige. Teilweise ist dieser bereits nachgegeben worden. In Halle, in Bitterfeld und im Meuselwitzer Gebiet, insbesondere auch auf den Leunawerksanlagen in Gellertshaus, ist harter Polizeieinsatz erfolgt. Die sächsische Staatsgrube Wöhlen bei Halle wurde allein von 200 Mann Schupolizei besetzt. Hier ist auch die Technische Nothilfe bereits

herangezogen worden, was in dem übrigen Streikrevier nach den Mitteilungen der Streikleitung bisher nicht geschehen ist. Der Lokalanzeiger vom Dienstagabend droht, daß, wenn die Bürgerblockregierung nicht energisch gegen die Streikenden vorgeht und die Braunkohlenunternehmen unterstützt, so dürfte man alsbald zur Selbsthilfe greifen und einen privaten Polizeidienst organisieren. — Der Lokalanzeiger droht damit, die sächsischen Transaktionen auf eigene Faust auf die streikenden Bergarbeiter loszulassen. Die Streikleitung veröffentlichte auch in einem Streikcommuniqué einen Hinweis gegen die Heise der bürgerlichen Presse, in dem sie feststellt, daß in die gesamte Streikbewegung nur dort Unruhe hineingebracht wird, wo man mit Polizei, Landjägern und dergleichen gegen die Streikenden vorgeht.

In Merseburg finden augenblicklich Verhandlungen mit dem Regierungsräsidenten über die Frage der Einleitung der Technischen Nothilfe statt.

Polizei und Teno in Hirschfelde

Wie uns heute morgen aus Hirschfelde berichtet wird, ist auf Veranlassung der NSD von der sächsischen Regierung Sipo und Technische Nothilfe auf dem Kraftwerk in Hirschfelde eingesetzt worden. Gestern nachmittag wurde das Werk von circa 100 Mann Sipo besetzt. Weitere 100 Mann liegen in Zittau in Bereitschaft. Gegen 17,30 Uhr traf ein Trupp Technische Nothilfe in Stärke von 30 Mann ein.

Erklärung der Streikleitung

Halle, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zentralkommission hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Obwohl nicht der mindeste Anlaß zu besonderen Polizeimaßnahmen vorliegt, haben einzelne Behörden, insbesondere in den Revieren Halle, Cassel, Helmstedt und Senftenberg, Polizeiverstärkungen durchgeführt. Landjäger und Schupo haben sogar Flugblätter beschlagnahmt und das Streikpostenrecht zu verhindern gesucht. Auf vielen Werken sind Polizeikommandos einquartiert worden. Es hat den Anschein, als ob einige Behörden völlig unter dem Einfluß der Grubendirektoren stehen. Wir halten diese Polizeimaßnahmen für völlig unberechtigt.“

(Dabei sind fast alle oberen Regierungsbehörden von Sozialdemokraten besetzt. Die Redaktion der Arbeiterstimme.)

Die Notstandsarbeiten

Halle, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zentralkommission hat Richtlinien herausgegeben, wonach sämtliche Arbeiten, die nicht ausschließlich Notstandsarbeiten sind, sofort zu unterbinden sind. Notstandsarbeiten sind nur: Sicherung der Gruben vor Erfahren, Instandhaltung der Kessel- und Maschinenanlagen, Versorgung der Krankenhäuser mit Licht, Heizung und Wasser. Die Kohlenförderung in Gelpa wird eine starke Einschränkung erfahren.

Kampfstimmung im Ruhrgebiet

Im ganzen Ruhrkohlenbergbau wird der mitteldeutsche Streik von den Arbeitern der Berg- und Hüttenbetriebe mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Er löst eine verstärkte Kampfstimmung aus. Die bürgerlichen Zeitungen bringen Stimmungsbilder, die eine außerordentliche Verschärfung der Stimmung in den Betrieben ebenfalls feststellen. Die Arbeiter fordern zwischenzeitliche Abschlüsse.

In den Sonntagkonferenzen des Bergarbeiterverbandes wurde, wie nachträglich bekanntgeworden ist, trotz der Sabotage des Kulturkreises der Opposition überall starke Zustimmung mit der Verhandlungsleitung zum Ausdruck gebracht. Sämtliche Versammlungen des Bergarbeiterverbandes verliefen unruhig, obwohl die Opposition zum Teil durch Nichtteilnahme von vornherein ausgeschlossen worden war. In der Konferenz des Oberrhein wurde unter Zustimmung der Abstimmung über einen Antrag auf Ausschluß des reformistischen Bergarbeiterführers Oberbach, der bei Verhandlungen mit den Unternehmern über Entlastungen im Ruhrbergbau schamlos die Interessen der Bergarbeiter preisgab, verhindert.

Der Reichstag des Bürgerblocks

Berlin, 18. Oktober.

Nach viermonatiger Pause nahm der Reichstag seine Beratungen wieder auf. Die Bürgerblockregierung wird mit ihm im Einklang das vorgeschriebene Arbeitspensum durchzusetzen, man will etwas setzen und reden lassen, um dann wieder in den Geheimratssitzungen der Ministerien, den Kantonen des Großkapitals und den Kantonen der katholischen Eisenwerke Gottes auf Erden die Kriegspläne zur weiteren Festigung der Macht der Reaktion in Deutschland vorzubereiten. Der Bürgerblock, der sich auf die außerparlamentarischen Kräfte der Komintern stützt, zeigt durch die Art, wie er seine parlamentarische Mehrheit benutzte, den werktätigen Massen am besten den realen Inhalt dieser neudeutschen republikanischen Demokratie.

Aber nicht nur die außerparlamentarische Macht der Bourgeoisie drückt diesem Reichstag das Gepräge auf, sondern auch die wuchtige Welle großer Massenbewegungen des deutschen Proletariats umspült seine Fundamente. Der Kampf der mitteldeutschen Bergarbeiter wirkt seine mächtigen Schatten in den Verhandlungssaal, als Präsident Loebe mit der traditionellen Sozialität zur Rede greift und die Tagung eröffnet.

Eine ausführliche Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich. Von drei Seiten wird die Ablehnung des Schulgesetzes von der Tagesordnung verlangt. Aber wie vertrieben ist der politische Wille, der hinter den drei Parteien steht, von ihnen zum Ausdruck gebracht, die diesen Antrag stellen. Eine laute Geste ohne politische Begründung, eine Attrappe fürs Schauspiel, die man braucht zur Verhütung der eigenen rebellierenden Mitglieder, ist der Antrag Hermann Müller-Franken. Ein liberalisierendes Gesetzentwurf, in dem eines jener Geheimnisse rauscht, die man sich in den Vorjahren der Ministerien aufhängt, ist das Kulturgesetz des braven Demokraten Haas, der, ähnlich wie seine badische Kantonregierung, ihre Simultanlehre nach Jahreszahlen verflüchtigt, seine Opposition vorläufig beseitigt.

Eine klare, eindeutige Kampfanlage an den Bürgerblock und diesen Reichstag, dessen Auflösung gefordert wird, getragen von der Kampfstimmung der Arbeitermassen drängen im Lande, ist das Auftreten der kommunistischen Fraktion, eine helle Fackel in die dunkle Stille dieses altertümlichen Parlaments. Die Minister werden nervös, als einer nach dem anderen unserer Genossen aufsteht und verlangt, daß über die Not der arbeitenden Massen im Lande, den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik, die Streikabwürgungsjustiz der Arbeitsgerichte gesprochen wird. Der Arbeitsminister Brauns, von unseren Genossen gestellt, bestreitet kein in der Presse gemeldetes Eingreifen in die Schlichtungsverhandlungen vor dem Bergarbeiterkampf.

Bei der Abstimmung über die zur Tagesordnung gestellten Anträge stimmen die Sozialdemokraten gegen den Antrag auf Auflösung des Reichstages, gegen die Behandlung des Vertrauensvotums gegen Arbeitsminister Brauns. In der Abstimmung über die Ablehnung der Schulvorlage von der Tagesordnung stimmt die Bürgerblockmehrheit gegen die Feste.

Kam wieder in die erste Lesung der Schulvorlage des Bürgerblocks eingetreten. Das Niveau dieser Generaldebatte über die wichtigste kulturpolitische Maßnahme des Bürgerblocks zeigt den ganzen trostlosen Zerfall der Ideologie der herrschenden Klasse, den völligen Fankrott des Liberalismus, der sich zur Erhaltung der Machtposition der Bourgeoisie unter die schwarzen Fittiche der katholischen Kirche flüchtet.

Zunächst las der Innenminister Reuß eine langweilige Abhandlung vom Blatte vor, deren Form und Inhalt bewies, daß der Bürgerblock sich bewußt ist, daß er sich diesem Reichstag gegenüber keinesfalls anzukündigen braucht. Keun Jahre nach dem Zusammenbruch der Junkerherrschaft in Preußen begründet ein preukischer Junker im Deutschen Reichstag das Schulgesetz der Republik.

Dann kam der sozialdemokratische Vertreter Schreck, Bielefeld, an die Reihe. Die Bürgerblockparteien verzogen sich ins Restaurant in der Gewissheit, daß sie von dieser Seite nichts zu befürchten haben. Sie hatten recht. Der große Kampf, den die Sozialdemokratie angeblich gegen die Kulturreaktion führen will, wurde eingeleitet durch eine nichtsagende, öde Kannegehererei, die den Mangel eines politischen Standpunktes, den Verrat der eigenen früheren Grundzüge verkleinert. Scharf gibt die Sozialdemokratie die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens preis, indem sie sich auf den Boden der sogenannten Gemeinschaftsschule im Sinne der Weimarer Verfassung stellt. Die Antikindigkeit der eifrigen Mitarbeit am Gesetz und die besondere Betonung, daß die Sozialdemokratie an keine Obstruktion denke, zeigt, daß die mittleren